



Arbeitskreis Ökonomie und Kirche
Berlin

www.oekonomie-und-kirche.de

Veronika Dehnhard
Lefevrestr. 6
12 161 Berlin-Schöneberg
Tel. 852 37 13
Mail: verodehnhard@aol.com

An das Bundesministerium für
Wirtschaft und Technologie
10 109 Berlin

15.4.2009

und an das
Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit
11 055 Berlin

und an das Bundesministerium für
Ernährung, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz
11 055 Berlin

Betrifft: Maßnahmen zur Rettung des Klimas

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir reagieren auf die drohende Klimakatastrophe wie Frösche. Wirft man einen Frosch in heißes Wasser, springt er sofort hinaus. Tut man ihn aber in kaltes Wasser und erhitzt es langsam, verpasst er den Moment, an dem er spätestens rauspringen muss, um sein Leben zu retten. Auch das Weltklima wird nur allmählich wärmer, wenn auch immer schneller.

Wie der international bekannte Klimafolgenforscher Hans Joachim Schellnhuber am 15.3.2009 in einer Podiumsdiskussion der Allianz Kulturstiftung betont hat, ist die drohende Klimakatastrophe viel gefährlicher für die Weltwirtschaft als die Finanzkrise. Wenn es nicht gelingt, die Erderwärmung ganz schnell wenigstens zu stoppen, droht eine Katastrophe für die ganze Welt, deren Folgen abzumildern um ein Vielfaches teurer sein würde als die Summen, die jetzt sofort in den Klimaschutz investiert werden müssen. Die Finanzkrise muss dazu genutzt werden, jetzt die Wirtschaft umzusteuern.

Das aktuelle Weltwirtschaftssystem beruht auf Wachstum und einem Konsum, den sich die Menschheit nicht mehr leisten kann, weil er zu viel Energie, Wasser und andere Ressourcen verbraucht. Die reichen Länder genehmigen sich auf Kosten der armen Länder einen viel zu hohen Konsum. So kann es aber nicht weitergehen.

Die globale Erderwärmung geht viel schneller vor sich, als die schlimmsten Prognosen angenommen haben. Es tauen als Folge jetzt schon die Permafrostböden in Sibirien und setzen in Mengen Methangas frei, das noch gefährlicher für das Klima ist als CO₂. Die Auswirkungen der Klimaveränderung auf die armen Länder und Schwellenländer sind bereits jetzt gravierend. Schon verhandelt der Präsident der Malediven mit Indien und Australien, um Land zu kaufen als alternative Siedlungsmöglichkeit für die Malediver, weil abzusehen ist, wann dieser Insel-Staat im Meer versinken wird. Der Anstieg des Meeresspiegels um einen Meter (im Jahre 2100 ziemlich wahrscheinlich) gefährdet den Lebensraum von 500 bis 600 Millionen Menschen. Das sind 10% der Weltbevölkerung. Auch Hamburg, New York und Rostock werden betroffen sein. Die Umweltkrise wird – auch durch Zunahme der Wüstenflächen - dauerhaft Existenz- und Lebensraum von Millionen Menschen vernichten; es wird zu furchtbaren Verteilungskämpfen kommen, wenn wir nicht jetzt mutig die gesamte Wirtschaft ökologisch umsteuern. Der Lebensraum Erde ist in Gefahr.

Die EU hat sich im Frühjahr 2007 darauf verständigt, dass der Ausstoß des Treibhausgases CO₂ bis 2020 gegenüber dem von 1999 um 20% gesenkt werden soll, ferner der Anteil der erneuerbaren Energien am Energiemix auf 20% steigen soll und die Energieeffizienz um 20% erhöht werden soll. Das wurde am 6.4.09 in Luxemburg von den Innenministern der 27 EU-Staaten verbindlich gemacht.

Das muss jetzt zügig umgesetzt werden.

Wenn man vermeiden will, dass die Erde sich um mehr als 2 Grad Celsius erwärmt, müssen bis 2050 die globalen Emissionen von CO₂ sogar halbiert werden. Gerecht wäre es, wenn weltweit alle Menschen die gleichen Rechte bekämen, eine gleiche Menge CO₂ in die Atmosphäre zu schicken, das sind ungefähr 2 Tonnen pro Jahr pro Person..Dann müssten die USA um 90% reduzieren, Deutschland um 80%.

Wir Unterzeichnende sind uns dessen bewusst, dass wir in den Industriestaaten starke Abstriche am materiellen Lebensstandard machen und lernen müssen, bescheidener, langsamer und umweltbewusster zu leben – sowohl als Volk sowie auch als einzelne, und wir fangen damit bei uns selbst an.

Wir fordern Sie, unsere Regierung, auf, trotz der kommenden Wahlen durch entsprechende gesetzliche Vorgaben ein radikales ökologisches Umsteuern unserer Wirtschaft in Gang zu setzen. Wir fordern Sie weiterhin auf, sich für eine solche Umsteuerung der Wirtschaft auf der internationalen Klima-Konferenz in Kopenhagen einzusetzen.

Die Notwendigkeit starker Einschnitte muss in verständlicher Form der Bevölkerung nahe gebracht werden – wie erfreulicher Weise unser Bundespräsident in seiner „Berliner Rede“ am 24.3.d.J. erstmalig in einer öffentlichen Rede sagte, dass sich die Industrieländer nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft auf ein Ende des Wachstums einstellen müssten.

Konkret fordern wir: ein Verbot neuer Atom- und Kohlekraftwerke, eine drastische Erhöhung der Sprit- und Energiepreise mindestens europaweit, eine weltweite Besteuerung von Flugbenzin, eine konsequente Förderung des öffentlichen Verkehrs statt der Autoindustrie und die Abschaffung der Subventionen für die industrielle Landwirtschaft in EU und USA, weil sie sehr klimaschädlich ist und außerdem den Kleinbauern in den Entwicklungsländern die Existenzgrundlage nimmt.

Die Politik muss dringend die Maßnahmen gegen die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise so anlegen, dass sie gleichzeitig helfen, die drohende Klimakatastrophe abzuwenden.. Es geht

nicht mehr nur um die Rettung systemrelevanter Banken und der angeschlagenen Wirtschaft, es geht heute und in Zukunft um die Rettung des Ökosystems Erde!

Die Bewahrung der Schöpfung ist unser Anliegen, darum geben wir diesen Brief auch an Netzwerke und Kirchengemeinden weiter, mit denen wir verbunden sind.

Mit freundlichen Grüßen

(Veronika Dehnhard
für den Arbeitskreis Ökonomie und Kirche Berlin)